



Niederschrift

Innen- und Rechtsausschuss

20. Wahlperiode – 50. Sitzung

unmittelbar im Anschluss an die Vormittagssitzung des Landtags, **circa 13:00 Uhr**
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Jan Kürschner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender

Tim Brockmann (CDU)

Birte Glißmann (CDU)

Rasmus Vöge (CDU), in Vertretung von Thomas Jepsen

Dr. Hermann Junghans (CDU)

Bettina Braun (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Kai Dolgner (SPD)

Niclas Dürbrook (SPD)

Dr. Bernd Buchholz (FDP)

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Seyran Papo (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht der Landesregierung über den SEK-Einsatz am 19. Februar 2024 in der Berufsschule Mölln	4
	Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP) Umdruck 20/2747	
2.	Entwurf eines Gesetzes zur Fortgeltung der Rechtsgrundlagen für den Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten im Landesverwaltungsgesetz	8
	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/1809	
3.	Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abgeordneter Kürschner, eröffnet die Sitzung um 13:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht der Landesregierung über den SEK-Einsatz am 19. Februar 2024 in der Berufsschule Mölln

Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP)
[Umdruck 20/2747](#)

Zur Begründung des Berichtsantrags, [Umdruck 20/2747](#), verweist Abgeordneter Dr. Buchholz auf die rudimentäre Presseberichterstattung und bittet die Innenministerin um Aufklärung.

Die Innenministerin, Frau Dr. Sütterlin-Waack, berichtet, am 19. Februar 2024 habe es am Berufsbildungszentrum Mölln einen Polizei-Großeinsatz gegeben, der viele Schülerinnen und Schüler sowie deren Angehörige betroffen habe. Ursächlich sei eine glaubhafte Zeugenaussage gewesen. In der Folge habe es ein großes Medieninteresse gegeben, es sei eine Besondere Aufbauorganisation (BAO) eingerichtet worden. Die Durchsuchung des Gebäudekomplexes durch das SEK sowie vieler Personen sei ergebnislos geblieben. Die Innenministerin zeigt sich erleichtert, dass es die befürchtete Bedrohungslage nicht gegeben habe. Sie lobt die professionelle Zusammenarbeit von Polizei, Rettungsdienst und Kommune. Insgesamt seien 164 Polizeibeamtinnen und -beamte im Einsatz gewesen.

Herr Kassun, stellvertretender Leiter der Polizeidirektion Ratzeburg, berichtet nun detailliert zum Ablauf. Gegen 7:15 Uhr habe ein Schüler seiner Aussage zufolge auf der Toilette der Schule eine andere Person angetroffen. Es habe Geräusche wie beim Durchladen einer Waffe gegeben, außerdem habe die Person ein Sweatshirt mit der Aufschrift „Allahu akbar, Tod ist unser Ziel“, getragen, so die Aussage des Schülers. Der Schüler habe dies zunächst einem Lehrer berichtet, der die Schulsozialarbeiterin eingeschaltet habe, die ein Gespräch mit dem Schüler geführt habe und auch die Aussage hinterfragt habe. An der Schule gebe es relativ häufig entsprechende Hinweise. Die Schulsozialarbeiterin habe um 8:58 Uhr den Polizeinotruf gewählt. Von der Leitstelle Lübeck seien sodann erste Fahrzeuge zur Schule entsandt worden. Zunächst sei versucht worden, die Lage weiter aufzuklären. Der Leiter des Polizeireviers Ratzeburg habe erst Gespräche an der Schule geführt, auch mit dem beobachtenden Schüler. Nach eingehender Befragung sei man zu dem Schluss gekommen, dass man die Angaben

ernstnehmen und entsprechend handeln müsse. In der Folge sei entsprechend dem „Notfallwegweiser“ für Schulen als Erstmaßnahme eine Durchsage im Schulgebäude gemacht worden, dass das Betreten oder Verlassen der Schule untersagt sei; alle Personen hätten sich in den zu verschließenden Klassenzimmern aufzuhalten. Um 9:56 Uhr sei die Entscheidung zum Aufbau einer BAO getroffen worden. Der Hinweisgeber sei in der Lage gewesen, die Schusswaffe relativ genau zu beschreiben. Über das Landeskriminalamt sei das SEK benachrichtigt worden. Nach einer erneuten Prüfung dort sei die Entscheidung zum Einsatz gefallen. Mit ausschlaggebend hierfür sei gewesen, dass nach Aussage des Schülers die Begegnung damit geendet sei, dass die Person sich in unbekannter Richtung entfernt habe. Es sei somit unklar gewesen, ob eine Gefährdung vorliege. Die polizeitaktische Entscheidung sei gewesen, die Situation möglichst statisch zu halten und Bewegungen zu unterbinden. Der Schulkomplex sei sehr weitläufig, Ziel habe daher auch sein müssen, eine Ausweitung zu verhindern. Bis zum Eintreffen des SEK sei es gelungen, durch die Ortskräfte, die in Kontakt mit dem SEK gestanden hätten, neuralgische Punkte auf dem Gelände zu besetzen.

Parallel, so Herr Kassun weiter, sei um 11:21 Uhr im Stadthaus eine Anlaufstelle für die Angehörigen eingerichtet worden, die vom Kreis, Rettungsdienst und Polizei besetzt worden sei. Aus taktischen Gründen sei es jedoch nicht möglich gewesen, die eintreffenden Personen umfassend zu informieren. Das Schulgelände sei mit großem Kräfteaufwand abgeriegelt worden. Zur selben Zeit seien auch erste Pressevertreter und -vertreterinnen vor Ort erschienen, auch habe es auf Youtube einen Livestream gegeben, dessen Urheber eine polizeiliche Ansprache erhalten habe.

Vor Ort hätten sich 1.297 Schülerinnen und Schüler aufgehalten. Um 12:21 Uhr sei mit Eintreffen des SEK begonnen worden, das Gebäude zu durchsuchen, wobei auch alle Personen vor Ort durchsucht worden seien. Nach und nach seien die Schülerinnen und Schüler nach Durchsuchung und Befragung in Gruppen mit Bussen zum Einsatztrainingszentrum der Polizei gebracht worden. Sechs Schülerinnen und Schüler seien zeugenschaftlich vernommen worden. Um 15:56 Uhr habe das SEK die Räumung des Gebäudekomplexes abgeschlossen. Im Anschluss seien alle Schülerinnen und Schüler zurückgebracht worden. Die zeugenschaftlichen Befragungen hätten ungefähr bis 19 Uhr gedauert, alle Schülerinnen und Schüler hätten bis 19:30 Uhr die Schule wieder verlassen.

Abgeordnete Braun und Abgeordneter Vöge sprechen den Einsatzkräften ihren Dank aus. Abgeordnete Braun betont, insbesondere die Kommunikation habe gut funktioniert, auch wenn

es nicht möglich sei, allen Social-Media-Gerüchten schnell zu begegnen. Abgeordneter Vöge unterstreicht, der Vorfall werde die Schulgemeinschaft sicherlich noch einige Zeit beschäftigen und werde aufgearbeitet werden müssen. – Abgeordneter Dr. Buchholz schließt sich dem Dank an. Insgesamt habe das Konzept, das eine Isolation in abgeschlossenen Klassenräumen vorsehe, offenbar funktioniert. – Der Vorsitzende, Abgeordneter Kürschner, dankt im Namen des gesamten Ausschusses den eingesetzten Einsatzkräften.

Auf Fragen der Abgeordneten Dr. Buchholz und Braun berichtet Herr Kassun, es sei weder eine Person aufgefunden worden, auf die die Beschreibung zutreffe, noch die entsprechenden Kleidungsstücke, noch eine entsprechende Waffe.

Abgeordneter Dr. Buchholz thematisiert die zeugenschaftlichen Vernehmungen. – Herr Kassun stellt klar, alle 1.297 Schülerinnen und Schüler seien kurz befragt worden, jedoch zunächst nicht formell zeugenschaftlich vernommen. Dies treffe nur auf sechs Personen zu, die für die Vernehmung zur Dienststelle nach Ratzeburg gebracht worden seien. Sie hätten insbesondere Angaben zu dem ursprünglichen Hinweisgeber gemacht. In diesem Zusammenhang laufe nun auch ein Strafverfahren, sodass er hierzu keine weiteren Angaben machen könne.

Eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Dr. Buchholz betrifft entsprechende vorangegangene Vorfälle an der Schule. – Herr Kassun schildert, die Schulleitung habe der Polizei gegenüber geschildert, dass es in unterschiedlicher Qualität entsprechende Hinweise auch in der Vergangenheit gegeben habe. Dies sei auch ausschlaggebend für die Entscheidung der Schule gewesen, zunächst die Schulsozialarbeiterin einzuschalten.

Auf eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Dr. Buchholz zu einer Schülerin, die über längere Zeit allein in einem Raum gewesen sei, berichtet Herr Kassun, er könne dies nicht eindeutig zuordnen, es sei aber möglich, dass es sich um eine Schülerin handle, die zu einem frühen Zeitpunkt der Lageentwicklung die Toilette aufgesucht habe und dann in der Tat dort längere Zeit bis zur Evakuierung habe verbringen müssen.

Abgeordneter Dürbrook thematisiert den langen Zeitraum von der Beobachtung des Hinweisgebers um 7:15 Uhr bis zur Alarmierung der Polizei um 8:58 Uhr. Hätte es sich um eine ernste Bedrohung gehandelt, so wäre dies nicht gut gewesen. Er habe diesbezüglich ein schlechtes Bauchgefühl. – Abgeordnete Braun entgegnet, sie halte es für sinnvoll, die Situation zunächst

an der Schule zu klären. – Abgeordneter Dr. Dolgner meint, es handele sich um ein Dilemma. Er beneide nicht die Schulsozialarbeiterin um ihre Rolle, eine entsprechende Wertung der Glaubwürdigkeit des Hinweisgebers vorzunehmen. Im Zweifel müsse das SEK einmal mehr als einmal weniger gerufen werden. – Abgeordneter Dürbrook stellt klar, er verbinde hiermit keine Kritik am Vorgehen der Polizei. – Die Innenministerin, Frau Dr. Sütterlin-Waack, berichtet, die Begegnung auf der Schultoilette sei gegen 7:15 Uhr erfolgt, es sei jedoch nicht ganz bekannt, zu welchem Zeitpunkt der Hinweisgeber sich an einen Lehrer gewandt habe. – Herr Kassun bestätigt dies.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Fortgeltung der Rechtsgrundlagen für den Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten im Landesverwaltungsgesetz

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/1809](#)

(überwiesen am 26. Januar 2024)

hierzu: [Umdrucke 20/2706, 20/2717, 20/2741, 20/2742, 20/2743](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf, [Drucksache 20/1809](#), unverändert anzunehmen.

3. Verschiedenes

Abgeordneter Dr. Buchholz bittet die Innenministerin, dem Ausschuss den Erlass zum Hochrisikomanagement vertraulich zukommen zu lassen. – Ministerin Dr. Sütterlin-Waack sichert dies zu (vertraulicher [Umdruck 20/2784](#)).

Der Vorsitzende erinnert an das Gespräch mit dem Vater eines Opfers des Attentats von Brokstedt (Mittwoch, 28. Februar 2024, 13 Uhr, Raum 136).

Der Vorsitzende, Abgeordneter Kürschner, schließt die Sitzung um 13:45 Uhr.

gez. Jan Kürschner
Vorsitzender

gez. Dr. Sebastian Galka
Geschäfts- und Protokollführer